

Pressekonferenz

Arzneimittel-Atlas 2011

8. September 2011
Berlin

**„Gestaltungsraum für modernes
Arzneimittelsystem“**

Statement von:

Birgit Fischer
Hauptgeschäftsführerin des vfa

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Seite 2/5

über den Arzneimittelbereich gibt es viele Meinungen, Urteile und Interpretationen, für die es oft keine realen Grundlagen gibt. Darum freue ich mich, Ihnen heute, gemeinsam mit Prof. Häussler einige Daten vorstellen zu können, die Aufschluss über aktuelle Fragen geben. Der Arzneimittel-Atlas wird, wie Sie wissen, im Auftrag der forschenden Pharma-Unternehmen (vfa) vom IGES Institut in Berlin erstellt. Die Ergebnisse hat Ihnen Prof. Häussler ja erläutert. Lassen Sie mich die Lage aus vfa-Sicht kommentieren:

Die gute Grundbotschaft: Schauen wir auf die gegenwärtige Kostenentwicklung innovativer Medikamente, so sehen wir keine systemsprengenden Fehlentwicklungen, wie oft befürchtet. Ganz im Gegenteil.

Ein Zwangsrabatt kann nur in einer Notsituation einmalig helfen

Besondere Situationen mögen vielleicht besondere Maßnahmen wie einen Zwangsrabatt erfordert haben. Aber ein Zwangsrabatt lässt sich nicht unter allen Umständen rechtfertigen und aufrechterhalten: Ein Zwangsrabatt kann nur in einer Notsituation einmalig helfen!

Politik und Öffentlichkeit geht es um Finanzierbarkeit. Auch wir möchten, dass wirksame und neue Arzneimittel finanzierbar bleiben und den Patienten in der Versorgung zur Verfügung stehen. Darum brauchen wir eine Balance zwischen notwendigen Investitionen für die Erforschung neuer Arzneimittel und den Therapiekosten für Patienten.

Was bringt es dem Patienten?

Mit der Frage nach den Budgets der Kassen sollte die Diskussion über Arzneimittel aber nicht enden. Denn das ist immer nur die „halbe Wahrheit“. Wir möchten jedenfalls einen Arzneimittelsektor, der immer auch fragt: „Was bringt es den Patienten?“ Das ist mehr

als die Frage: „Was kostet ein Medikament?“ Wir dürfen uns also nicht damit begnügen, frühe Nutzenbewertung und Preisverhandlungen als reine Budgetinstrumente „gangbar“ zu machen. Sie müssen vielmehr auch im Lichte der Frage nach einer angemessenen Versorgung gesehen werden.

Seite 3/5

Und da gibt es viel Erfreuliches zu vermelden:

Wirksamer, zuverlässiger, mit weniger Nebenwirkungen – allein 2010 haben die forschenden Pharma-Unternehmen 24 neue Medikamente zu den Menschen gebracht. Bei HIV, Rheuma und in der in der Schlaganfall-Prävention haben wir schon gezeigt, was wir können. Bei Krebs kündigen sich gerade Umwälzungen an, die für viele Menschen in Deutschland eine spürbare Verbesserung bedeuten und in der Hepatitis-C werden wir schon bald einen Quantensprung in der Behandlung sehen, der sich mit den Veränderungen in der HIV-Therapie vergleichen lässt.

Prozess der frühen Nutzenbewertung bedarf besonderer Aufmerksamkeit

Was das Jahr 2011 diesbezüglich bringen wird, muss sich erweisen. Denn das Jahr steht unter gänzlich neuen, unter AMNOG-Vorzeichen.

Frühe Nutzenbewertung und Preisverhandlungen können gute Steuerungsinstrumente zum Ausgleich von Versorgungsqualität und Höhe des Preises sein!

Erste Erfahrungen forschender Pharma-Unternehmen mit der frühen Nutzenbewertung geben jedoch Anlass zur Sorge, ob diese Balance auch gelingt. Niemand will die Versorgungsqualität der Patienten in Deutschland verschlechtern. Damit die neue Kosten-Nutzen-Bewertung aber ohne Fehler entwickelt wird, ist eine politische Begleitung und Moderation dieses Prozesses notwendig. Wir sehen das klare Bemühen des G-BA, Struktur in die frühe Nutzenbewertung zu bekommen. Und das erkennen wir durchaus an. Denn auch für den G-BA ist die frühe Nutzenbewertung Neuland.

Doch gibt es auch handfeste inhaltliche Probleme, etwa die Frage, wie man eine zweckmäßige Vergleichstherapie definiert. Dafür ausgewählte Kriterien dürfen nicht dazu führen, dass Innovationen blockiert werden. Fairness im Umgang mit dem neuen Instrument wie mit den Partnern des Prozesses ist hier das oberste Gebot um eine Balance von Kosten und Nutzen herzustellen. Aus unserer Sicht wäre eine politische Begleitung und Moderation des Prozesses durch den Gesetzgeber für alle Beteiligten sinnvoll, um rechtzeitig nach gemeinsamen Lösungen zu suchen, bevor kritische Verfahren etabliert sind und ungewollte Wirkungen zeigen. Alle Beteiligten müssen im Hinblick auf die frühe Nutzenbewertung wie auch für die Begleitung des AMNOG-Umsetzungsprozesses insgesamt zu ihrer Verantwortlichkeit stehen.

Seite 4/5

Auch bei den Verhandlungen zur Rahmenvereinbarung über künftige Preisverhandlungen zwischen den Spitzenverbänden der Pharmaindustrie und dem GKV-Spitzenverband sind bekanntlich mehrere Fragen offen, so vor allem:

- Die Vergleichbarkeit von europäischen Ländern für die Angabe der Abgabepreise,
- die Jahrestherapiekosten vergleichbarer Arzneimittel,
- die Preisänderungen bei Mengenabweichungen

Den Stand der Verhandlungen will ich ausdrücklich nicht kommentieren, schlicht weil das so zwischen Verhandlungspartnern vereinbart ist. Aber sowohl für die frühe Nutzenbewertung wie für die Verhandlungen zur Rahmenvereinbarung gilt, dass das Ringen um Bewertungs- und Vergleichskriterien jedenfalls nicht dazu führen darf, dass Innovationen künftig blockiert werden und der heute hohe Standard der Versorgungsqualität in Deutschland gefährdet wird. Dann hätten wir ein Gesundheitssystem, das vielleicht unter Kostenkontrolle ist, das aber Patienten nicht so hilft, wie es möglich wäre. Deshalb arbeiten wir gerade jetzt, wo sich in der Praxis

Probleme zeigen, konstruktiv an einem neuen System mit, das Finanzierbarkeit und Versorgungsqualität ins rechte Verhältnis setzt.

Seite 5/5

Unsere Aufgabe ist das Erforschen neuer Arzneimittel, um Menschen zu helfen, Krankheiten zu überwinden, Leiden zu lindern und die Lebensqualität zu erhalten. Um den Zugang zu neuen Arzneimitteln zu sichern, brauchen forschende Pharma-Unternehmen aber auch faire Bedingungen.

Die forschenden Pharma-Unternehmen sind nach wie vor bereit, den Weg, den das AMNOG gewiesen hat, mitzugehen und mitzugestalten. Allerdings müssen wir aufpassen, dass in der Umsetzung und Konkretisierung des gesetzlichen Rahmens nicht ein System entsteht, das der Verfügbarkeit von Innovationen in Deutschland im Weg steht!